

Chronologie

Juli / August 2004*

Juli

2.7. In Paris empfängt Staatspräsident Jacques Chirac den italienischen Premierminister Silvio Berlusconi. Unter anderem sagt Chirac die Auslieferung des italienischen Terroristen Cesare Battisti zu, der in Italien wegen der Ermordung von vier Personen Ende der 1970er Jahre in Abwesenheit zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden war und sich seit 1990 in Frankreich aufhält. Am 30. Juni hatte das Pariser Berufungsgericht eine Auslieferung Battistis für rechtmäßig erklärt. Außerdem unterstreichen die beiden Politiker ihre Absicht, in Fragen der inneren Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung enger zusammenzuarbeiten.

3.7. Der Bürgermeister von Paris, Bertrand Delanoë (PS), und der ehemalige Wirtschafts- und Finanzminister Dominique Strauss-Kahn (PS) erklären in einem gemeinsamen Artikel in der Zeitung „Le Monde“, dass die vom Europäischen Rat verabschiedete EU-Verfassung ratifiziert werden müsse. Die beiden Sozialisten weisen darauf hin, dass der Verfassungsvertrag erstmals ein soziales und ein politisches Europa ermögliche und den Beginn einer „wirklichen europäischen Demokratie“ darstelle. Ohne die neue Verfassung bleibe Europa auf unabsehbare Zeit ein reiner Markt, was de facto einen Rückschritt bedeuten würde.

4.7. „Le Monde“ bestätigt einen Bericht der Zeitschrift „Le Canard enchaîné“ vom 30. Juni, wonach der künftige Präsident des Pressekonzerns Socpresse, Serge Dassault, Verhandlungen mit dem Fernsehsender TF1 und dessen Mutterkonzern Bouygues über eine Minderheitsbeteiligung beider Unternehmen an Socpresse führe. TF1 und Bouygues sollen zunächst jeweils 5 Prozent

der Unternehmensanteile von Socpresse für insgesamt 100 Millionen Euro übernehmen. Bouygues und TF1 sollen die Option erhalten, ihren Anteil nach zwei Jahren auf 35 Prozent zu erhöhen. In einem am 8. Juli veröffentlichten Kommuniqué erklärt die PS-Fraktion in der Nationalversammlung dazu, dass mit der zunehmenden Konzentration der Medienunternehmen „die Meinungsvielfalt, die Unabhängigkeit der Medien und die Demokratie“ in Gefahr gebracht würden.

8/9.7. Nach einer drei Jahre dauernden Debatte beschließen die Nationalversammlung und der Senat eine Revision des Gesetzes zur Bioethik von 1994. Das von der „Commission mixte paritaire“ (CMP) entworfene Gesetz regelt Fragen zu Organspenden, zur künstlichen Befruchtung, zur Gentechnologie und zur Embryonalforschung. Sowohl das reproduktive als auch das therapeutische Klonen bleiben in Frankreich verboten.

9.7. Nach einem Bericht des „Figaro“ haben die Franzosen im Jahr 2003 168 Milliarden Euro (10,8 Prozent des BIP) für medizinische Versorgung ausgegeben, zehn Milliarden Euro mehr als im Vorjahr. Im Durchschnitt entspricht das Ausgaben von 2 732 Euro pro Person.

12.7. Unter dem Titel „Frankreich, ich liebe dich“ erscheint in der Zeitung „Libération“ eine Umfrage des deutschen Instituts Enigma GfK, nach der die Franzosen die besten „Freunde“ der Deutschen seien. Zwischen dem 15. und 22. Juni meinten 54 Prozent der befragten Deutschen über 14 Jahre, dass Frankreich der beste Freund Deutschlands sei, gefolgt von Österreich (19 Prozent), den USA (15), Russland (5) und Großbritannien (4).

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

12.7. 13 Jahre nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch den Irak eröffnet Frankreich wieder seine Botschaft in Bagdad. Paris reagiert damit auf die Übertragung der Souveränität von der US-amerikanischen Besatzungsmacht auf die irakische Übergangsregierung am 29. Juni.

13.7. In einem Interview mit „Le Monde“ erklärt der Chief Executive Officer (CEO) von EADS, Philippe Camus, dass das deutsch-französische Unternehmen zum Ziel habe, in zehn Jahren den Hauptkonkurrenten Boeing im Gesamtumsatz zu überholen. Obwohl Airbus – die Flugzeugsparte von EADS – im Bereich der zivilen Luftfahrt größer als Boeing ist, ist EADS gegenwärtig das umsatzschwächere Unternehmen (30 Milliarden Euro) im Vergleich mit Boeing (44 Milliarden Euro). Grundlage dieses Wachstums soll der Verkauf des neuen A380 sowie eine größere Produktion von Rüstungsgütern sein.

13.7. Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg entscheidet, dass der Beschluss der EU-Wirtschafts- und Finanzminister vom 25. November 2003, die laufenden Defizitverfahren gegen Frankreich und Deutschland auszusetzen, aus formalen Gründen rechtswidrig gewesen ist. Eine einfache Zurückweisung der Empfehlungen der Europäischen Kommission wäre gleichwohl möglich gewesen. Der Ministerrat hatte Paris und Berlin zu weiterem Sparen ohne Sanktionsandrohungen verpflichtet – eine Maßnahme, die nach Ansicht der Richter rechtswidrig war, da sie nicht auf einer entsprechenden Empfehlung der Kommission beruhte.

13.7. Der seit fünf Jahren flüchtige ehemalige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Holger Pfahls, wird in Paris festgenommen. Ihm wird von den deutschen Ermittlungsbehörden Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit der Lieferung von Spürpanzern an Saudi-Arabien im Jahr 1991 vorgeworfen.

14.7. Anlässlich des französischen Nationalfeiertags verkündet Staatspräsident Chirac bei seiner traditionellen Fernsehansprache, den am 18. Juni vom Europäischen Rat angenommenen EU-Verfassungsvertrag per Referendum in der zweiten Jahreshälfte 2005 ratifizieren zu lassen. Weitere zentrale Themen sind die Kritik des Wirtschafts- und Finanzministers Nicolas Sarkozy an der geplanten Erhöhung des Verteidigungsbudgets sowie die Regelungen der 35-Stunden-Woche, die nach Ansicht Chiracs gelockert werden müssen.

16.7. Alain Juppé legt den Parteivorsitz der UMP nieder. Der Bürgermeister von Bordeaux und ehemalige Premierminister war am 30. Januar 2004 wegen Korruption zu 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden und darf in den nächsten zehn Jahren keine politischen Ämter mehr ausüben.

16.7. Der neue Bundespräsident Horst Köhler stattet Staatspräsident Chirac seinen Antrittsbesuch ab. Am Tag zuvor war er auf seiner ersten Auslandsreise nach Warschau geflogen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ist damit nicht Paris das erste Ziel eines neu gewählten Bundespräsidenten.

16.–18.7. Drei Tage nach dem Besuch des Außenministers Michel Barnier in Algier reist mit Michèle Alliot-Marie zum ersten Mal seit Ende des Algerienkriegs eine französische Verteidigungsministerin nach Algerien. Neben der politischen Bedeutung der Reise dienen die Gespräche zwischen Alliot-Marie und dem algerischen Präsidenten und Verteidigungsminister Abdelaziz Bouteflika der Vorbereitung eines Verteidigungsabkommens, das im Herbst unterzeichnet werden soll.

18.7. Der israelische Premierminister Ariel Sharon ruft die in Frankreich lebenden Juden auf, „unverzüglich“ nach Israel auszuwandern, da sich in Frankreich „wildester Antisemitismus“ ausbreite. Dies sei im wesentlichen auf die Tatsache zurückzuführen, dass 10 Prozent der französischen Bevölkerung muslimisch sei. Diese Äußerungen führen in Frankreich zu heftiger Kritik an Sharon aus allen politischen Parteien sowie unter anderem von der Dachorganisation der jüdischen Einrichtungen in Frankreich, CRIF.

19.7. Anlässlich des Treffens der Innen- und Justizminister der Europäischen Union in Brüssel verkünden Deutschland, Frankreich und Spanien ihre Absicht, im Laufe des Jahres 2005 ihre Strafregister zusammenzulegen. Das Projekt war ursprünglich auf bilateraler Ebene von Paris und Berlin im Januar 2003 anlässlich des 40. Jahrestages des Élysée-Vertrages lanciert worden. Spanien hatte sich Ende 2003 angeschlossen.

20.7. EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti erklärt bei einer Pressekonferenz, dass das Staatsunternehmen France Télécom zwischen 1994 und 2002 durch Steuererleichterungen unzulässige Subventionen zwischen 0,8 und 1,1 Milliarden Euro erhalten habe. Inklusiv der anfallenden Zinsen werde France Télécom zwischen 1,2 und 1,7 Milliarden Euro an den französischen Staat zurückzahlen müssen.

20.7. Bei einem Treffen mit Staatspräsident Chirac in Paris wirbt der türkische Premierminister *Tayyip Erdogan* für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Chirac erklärt, dass der EU-Beitritt der Türkei wünschenswert sei, „sobald er möglich sei“. Die Türkei müsse ihre demokratischen und ökonomischen Reformen fortsetzen und intensivieren.

21.7. *Philippe Séguin* wird vom Conseil des ministres zum Präsidenten der Cour des comptes ernannt. Damit kontrolliert die UMP alle wichtigen Staatsämter: Neben dem Vorsitz in der Nationalversammlung und dem Senat stellt sie durch Mitglieder oder ihr nahe stehende Personen auch die Präsidenten des Conseil constitutionnel, des Conseil d'Etat, des Conseil supérieur de l'audiovisuel und der Commission nationale de l'informatique et des libertés.

25.7. Der Amerikaner *Lance Armstrong* gewinnt die Tour de France und schreibt damit Tourgeschichte: Er ist der erste Fahrer, der das Radrennen sechsmal gewinnen konnte.

26.7. Nach zwei Jahren Haft in der US-amerikanischen Haftanstalt Guantanamo Bay werden vier entlassene Franzosen den französischen Behörden übergeben. Den militanten Islamisten war von den USA vorgeworfen worden, Verbindungen zu einem terroristischen Netzwerk gepflegt zu haben. Zur Zeit befinden sich noch drei französische Staatsbürger in Haft in Guantanamo Bay.

27.7. Premierminister *Jean-Pierre Raffarin* übersteht in der Nationalversammlung einen von den Sozialisten eingebrachten Misstrauensantrag – es stimmen nur 175 der 577 Abgeordneten dafür. Aufgrund der deutlichen Mehrheit der Regierungspartei handelt es sich vor allem um einen symbolischen Akt, durch den die Sozialisten, die Kommunisten und die Grünen ihre Unzufriedenheit über das von *Raffarin* gewählte Schnellverfahren (Artikel 40-3 der Verfassung) zur Annahme eines Teils der Dezentralisierungsreform – ohne Beteiligung des Parlaments – ausdrücken wollen. Der Abschnitt der Reform betrifft die Kompetenzerweiterung der Gebietskörperschaften in den Bereichen Transport, Erziehung und Bildung.

27.7. Der Historiker und Publizist *Joseph Rovin* stirbt im Alter von 86 Jahren in Chabus (Cantal). In München als Deutscher jüdischer Abstammung geboren, emigrierte er 1934 nach Frankreich. Er war Mitglied der Résistance und überlebte 1944 eine zehnmonatige Internierung im Konzentrationslager Dachau. Nach dem Krieg engagierte er sich jahrzehntelang für die deutsch-

französische Verständigung – unter anderem als Herausgeber der Zeitschrift DOCUMENTS. Mehr als 20 Jahre war *Rovin* Präsident des Bureau International de Liaison et de Documentation (B.I.L.D.). Außerdem war er Berater des französischen Staatspräsidenten Chirac sowie der Bundeskanzler *Helmut Schmidt* und *Helmut Kohl*.

28.7. Premierminister *Raffarin* stellt auf einer Pressekonferenz sein Regierungsprogramm für die zweite Jahreshälfte vor und geht auf den Haushaltsentwurf für 2005 ein. Zentrale Themen sind die Verzögerung der Erhöhung des SMIC sowie eine mögliche Amnestie für Steuerflüchtlinge, die auf illegale Weise Kapital ins Ausland exportiert haben. Firmen, die ihr Geld im Ausland angelegt haben, sollen mit Hilfe einer Kürzung ihrer Abgabenlast um eine Milliarde Euro wieder nach Frankreich gelockt werden. Das Programm sieht außerdem vor, im Jahr 2005 8 000 Beamtenstellen zu streichen, fast doppelt so viele wie 2004.

30.7. Das Parlament stimmt dem umstrittenen Gesetzesentwurf der Regierung für eine Gesundheitsreform zu. Nachdem die Nationalversammlung den von Gesundheitsminister *Douste-Blazy* vorgelegten Text bereits am 20. Juli angenommen hatte, spricht sich nun auch der Senat mit 171 gegen 110 Stimmen für die Reform aus. Das Gesetz sieht neben einer Stärkung des Hausarztes und höheren Zuzahlungen bei Krankenhausaufenthalten die Einführung einer Praxisgebühr von einem Euro sowie einer elektronischen Patientenakte vor.

30.7. Frankreich stimmt einem Einsatz von NATO-Truppen zur Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte zu. Zuvor hatte Paris den Vorschlag der USA abgelehnt, NATO-Soldaten in den Irak zu entsenden: Die Franzosen befürchteten, dass diese unter das Oberkommando der US-Truppen gestellt werden könnten.

August

2.8. Paris kündigt die Verlegung von 200 im Tschad stationierten Soldaten an die sudanesischen Grenze an. Dadurch soll ein Übergreifen des Konflikts in der sudanesischen Provinz Darfur auf den Tschad verhindert werden. Außerdem soll den etwa 200 000 sudanesischen Flüchtlingen geholfen werden, die sich in Aufnahmehanglagern entlang der Grenze zum Tschad aufhalten. Bei Kämpfen zwischen schwarzafrikanischen Rebellenorganisationen und regierungstreuen arabischen Milizen sind bislang zwischen 30 000 und 50 000 Menschen ums Leben gekommen. In Darfur versuchen die arabischen Milizen seit Februar 2003, die schwarzafrikanische Bevölkerung aus der Bergregion zu vertreiben.

- 2.8.** Der frühere Präfekt des Départements Var und Vertrauensmann des ehemaligen Innenministers Charles Pasqua, Jean-Charles Marchiani, wird in Untersuchungshaft genommen. Marchiani, der bis vor kurzem noch als Abgeordneter des Europäischen Parlaments Immunität genossen hatte, soll an verschiedenen Korruptionsaffären beteiligt gewesen sein und insgesamt mehrere Millionen Euro auf illegale Weise bekommen und auf Schweizer Konten gelagert haben.
- 3.8.** Der Fotograf Henri Cartier-Bresson stirbt im Alter von 95 Jahren in Céreste (Vaucluse). Er gilt als Vater der Fotoreportage, war einer der bekanntesten zeitgenössischen Fotografen und Mitbegründer der Fotoagentur Magnum. 1981 erhielt er den Grand Prix national de la photographie der Republik Frankreich.
- 4.8.** In einem Brief an alle Abgeordneten spricht sich der Präsident der Nationalversammlung, Jean-Louis Debré, für die Aufteilung der jährlichen Sitzungsperiode in zwei Phasen aus, um der „Gesetzesinflation“ entgegenzuwirken. So solle die erste Phase von Oktober bis Dezember, die zweite von April bis Ende Juli gehen. Für die Zeit zwischen den Sitzungsperioden schlägt Debré vor, statt der bisherigen zwei nur noch ein wöchentliches Treffen zu aktuellen Themen durchzuführen. Um dieses Vorhaben zu realisieren, müsste die Verfassung geändert werden.
- 4.8.** In Anbetracht der Diskussionen um die Ratifizierung des Verfassungsvertrags der Europäischen Union schließen sich einige Mitglieder des PS auf Initiative der ehemaligen Minister Elisabeth Guigou und Bernard Kouchner zum „Comité de la Gauche pour le oui“ zusammen. Sie wollen die Bürger über den Verfassungsentwurf informieren und sich für die Annahme des Textes bei dem von Chirac für Herbst 2005 angekündigten Referendum einsetzen.
- 5.8.** Das Pariser Handelsgericht bewilligt die Übernahme des traditionsreichen Textil-Discounters Tati durch den Konkurrenzkonzern Vutura. Der neue Besitzer übernimmt 667 der 997 Angestellten. Fünf der 29 Tati-Geschäfte sollen in Kürze geschlossen werden.
- 5.8.** Der Verfassungsrat erklärt Artikel 47 des Gesetzentwurfs über die Statutsreform des Staatsunternehmens EDF (Électricité de France) für ungültig. Der Artikel sieht die Aufhebung der Altersgrenze von 65 Jahren für Präsidenten und Direktoren staatlicher Unternehmen vor. Er war erst in letzter Minute von der Regierung hinzugefügt worden, um die Leitung des Konzerns durch den ehemaligen Wirtschafts- und Finanzminister Francis Mer (65) zu ermöglichen.
- 9.8.** Die „Autorité des marchés financiers“ gibt die erfolgreiche Fusion des französischen Pharmaherstellers Sanofi-Synthelabo mit dem deutsch-französischen Aventis-Konzern bekannt. Für die Übernahme von Aventis musste Sanofi rund 55 Milliarden Euro zahlen. Damit wird Sanofi-Aventis nach der britischen Unternehmensgruppe Glaxo-Smith-Kline und dem amerikanischen Konzern Pfizer zum weltweit drittgrößten Pharmakonzern sowie zum größten Arzneimittelproduzenten in Europa. Kritiker der Fusion erwarten, dass das neue Unternehmen gezwungen sein wird, Personal abzubauen.
- 11.8.** Infolge der Begnadigung von Häftlingen durch den Staatspräsidenten, die seit 1990 jährlich am Nationalfeiertag erfolgt, sind nach einer Statistik der Strafvollzugsverwaltung seit dem 14. Juli 5 344 Gefangene vorzeitig entlassen worden. Damit sinkt die Zahl der in französischen Gefängnissen Inhaftierten um 8,4 Prozent – die „historische“ Grenze von 60 000 Häftlingen, die im Juni 2003 zum ersten Mal seit 1944 erreicht worden war, wird wieder unterschritten.
- 12.8.** Der künftige Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, stellt in Brüssel die Ressortverteilung der 24 Kommissare vor, die ihre Arbeit im November aufnehmen werden. Während sich der französische Kommissar Jacques Barrot um den Bereich Transport und Verkehr kümmern wird, übernimmt der Deutsche Günter Verheugen die Zuständigkeit für Unternehmen und Industrie. Außerdem werden beide Kommissare zu den von Barroso ernannten fünf Vize-Präsidenten gehören.
- 14./15.8.** Papst Johannes Paul II. besucht auf seiner 104. Auslandsreise den Wallfahrtsort Lourdes, wo er an den Feierlichkeiten zu Mariä Himmelfahrt teilnimmt.
- 14./15.8.** In Toulon findet die Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Provence am 15. August 1944 statt. Aus diesem Anlass empfängt Staatspräsident Chirac 22 Staats- und Regierungschefs aus vorwiegend afrikanischen Ländern, unter denen sich auch der algerische Präsident Bouteflika befindet, dessen Einladung auf große Kritik gestoßen war. Bei einem Staatsbesuch in Frankreich im Jahr 2002 hatte er die algerischen Soldaten, die im Unabhängigkeitskrieg 1954–1962 auf Seiten der französischen Armee gekämpft hatten („Harkis“), beleidigt, indem er sie als „Collaborateurs“ bezeichnete.
- 19.8.** Auf der ersten Sitzung des Conseil des ministres nach der Sommerpause gibt Premierminister Raffarin bekannt, dass die Erhöhung des Mindestlohnes SMIC

im Jahr 2005 durchgeführt werden soll. Die ursprünglich vorgesehene Verschiebung der Erhöhung war vor allem auf Kritik des Ministers für Beschäftigung, Arbeit und Soziales, Jean-Louis Borloo, gestoßen.

20.8. Im Zusammenhang mit der Debatte um eine Reform der Institutionen der V. Republik wird der Inhalt eines Buches des ehemaligen Ministers Jack Lang (PS) bekannt, das am 2. September in den Verkauf gehen soll. Unter dem Titel „Un nouveau régime politique pour la France“ propagiert Lang ein präsidentielles System, in dem das Amt des Premierministers abgeschafft und die Amtszeit des Präsidenten auf ein Mandat beschränkt würde. Das Gewicht des Parlamentes würde verstärkt, indem unter anderem das Auflösungsrecht des Präsidenten wegfiel.

23.8. Der Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit und sein Bruder Gabriel, beide Mitglieder der französischen Grünen, schlagen für die Präsidentschaftswahl im Jahr 2007 eine Allianz mit den Sozialisten vor und wollen auf einen eigenen Kandidaten der Grünen verzichten. Ziel des Vorschlags sei es, durch eine Konzentration das Wahlergebnis der Linksparteien insgesamt zu verbessern und die bisher große Anzahl an Präsidentschaftskandidaten zu verringern. Es soll verhindert werden, dass – wie bei den Wahlen im April 2002 – die Kandidaten der Linken im 1. Wahlgang ausscheiden.

24.8. Der israelische Außenminister Sylvan Shalom kommt zu Gesprächen mit mehreren Mitgliedern der französischen Regierung nach Paris. Zentrales Thema sind die vermehrten antisemitischen Gewalttaten in Frankreich seit Anfang des Jahres.

24.8. Die Ärzte-Gewerkschaften stimmen dem „Retungsplan der französischen Chirurgie“ des Gesundheitsministers Douste-Blazy zu. Zuvor hatten die freiberuflichen Chirurgen mehrere Wochen lang mit Streiks

für den Fall gedroht, dass sich ihre Situation nicht verbessere. Douste-Blazy sagt den freiberuflichen Chirurgen noch für dieses Jahr 50 Millionen Euro zu, die unter anderem für die Erhöhung ihrer Vergütungen eingesetzt werden sollen.

24.–26.8. In Paris finden die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung der Stadt nach vierjähriger deutscher Besatzung statt.

26.8. Im Rahmen der zwölften jährlichen Botschafterkonferenz in Paris betont Außenminister Barnier in einer Rede, dass Frankreich in seiner Außenpolitik weder „arrogant“ noch als „Einzelgänger“ auftreten dürfe. Vielmehr müsse es verstärkt auf Partnerschaften, insbesondere innerhalb Europas, setzen. Gerade im Rahmen der Europäischen Union müsse Frankreich seinen Einfluss künftig stärker geltend machen.

28.8. Der arabische Fernsehsender Al Jazeera gibt die Entführung der Journalisten Christian Chesnot (Radio France Internationale) und Georges Malbrunot („Le Figaro“) bekannt. Die Geiselnnehmer, die sich „Islamische Armee Iraks“ nennen, fordern die Rücknahme des Kopftuchverbotes, das ab September in den öffentlichen Schulen in Frankreich angewendet werden soll.

31.8. Staatspräsident Chirac trifft sich mit Bundeskanzler Schröder und dem russischen Präsidenten Putin in dessen Sommerresidenz in Sotschi / Russland zum dritten Dreiergipfel seit Beginn des Irakkonflikts. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Beziehungen Russlands zur Europäischen Union, der Irakkonflikt und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Auf der abschließenden Pressekonferenz bekräftigen Schröder und Chirac ihre Unterstützung für Putins Politik im Tschetschenienkonflikt. Die konkrete Durchführung der Präsidentschaftswahl in Tschetschenien gebe, so Chirac, keinen Anlass, ihre Ergebnisse infrage zu stellen.